

Parlamentarischer Vorstoss GGR

Eingang : 18. April 2018

Bekanntgabe im GGR : 8. Mai 2018

Überweisung im GGR : 8. Mai 2018

Anna Spescha
SP-Gemeinderätin
Hertistr. 49
6300 Zug



an Herr Hugo Halter
Präsident des Grossen Gemeinderates der Stadt Zug
Stadtkanzlei im Stadthaus am Kolinplatz
6300 Zug

Zug, 16. April 2018

Motion Pensionskassen: Fossile Energien

Einleitung / Begründung

Laut einer Studie¹ im Auftrag der Westschweizer Umweltorganisation Artisans de la Transition investiert die Schweizer Nationalbank 10,8% ihres US-Aktienportfolios in börsennotierte Unternehmen der fossilen Industrie. Damit beschleunigt sie den Klimawandel und unterstützt eine globale Temperaturerhöhung von 4° bis 6° Celsius. Doch nicht nur die Nationalbank, sondern auch viele Pensionskassen investieren in fossile Energien.

Der Klimawandel bringt zerstörerische Folgen mit sich: Überschwemmungen, Stürme, Waldbrände, extreme Wetterereignisse wie Schnee im Juni. Dies führt zu hohen Schäden an der Umwelt, für die betroffenen Menschen sowie zu wirtschaftlichen Verlusten. Die Pensionskassen schädigen damit möglicherweise auch Unternehmungen, in die sie investieren.

Das Pariser Abkommen ist in Kraft und die Schweiz hat sich dazu verpflichtet, das 2° Klimaziel zu erreichen. Damit sind auch Schweizer Pensionskassen in der Pflicht, klimafreundliche Anlageprofile zu verfolgen. Die Stadt Zug hat in einer Volksabstimmung beschlossen, eine 2000-Watt Gesellschaft erreichen zu wollen. Damit ist die Pensionskasse der Stadt Zug noch mehr in der Pflicht, sich für eine klimafreundliche Investitionsstrategie einzusetzen. Eine Studie² im Auftrag des Bundesamtes für Umwelt kam zum Schluss, dass eine klimafreundliche Anlagestrategie nicht zu Renditeverlusten führt. Es würde für die Stadtzuger Pensionskasse also zu keinen finanziellen Verlusten kommen, wenn sie nicht mehr in fossile Energieträger investiert, und gleichzeitig würde die Pensionskasse mithelfen, die Herausforderung des Klimawandels zu meistern.

¹ Artisans de la Transaction. USA-Finanzanlagen der Schweizer Nationalbank in fossile Unternehmen: Ein Desaster für Rendite und Klima. Fribourg, 2016.

² Bundesamt für Umwelt (BAFU). Klimafreundliche Investitionsstrategien und Performance. Bern, 2016.

Antrag

Der Stadtrat wird wie folgt beauftragt:

1. Die Stadt Zug setzt sich als Arbeitgebervertreter dafür ein, dass die öffentlich-rechtliche Pensionskasse sich weder direkt noch indirekt an Investitionen in fossile Energieträger sowie an CO₂-intensiven Anlageoptionen beteiligt.
2. Die Stadt Zug setzt sich als Arbeitgebervertreter der städtischen Pensionskasse dafür ein, dass die Stadtzuger Pensionskasse nicht in die «Carbon Underground 200», die hundert Kohlefirmen und die hundert im Erdöl- und Erdgassektor tätigen Unternehmen mit den grössten fossilen Energiereserven, investieren.
3. Die Stadt Zug setzt sich dafür ein, dass Unternehmungen mit einer wesentlichen städtischen Beteiligung bzw. Finanzierung sich weder direkt noch indirekt an Investitionen in fossile Energieträger sowie an CO₂-intensiven Anlageoptionen beteiligen.


Anna Spescha

Mitunterzeichnende:

 
 

